Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 170. Sonntag den 19. Juni 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 22. Juni a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Oekonomie-Ausschusses über: a. Uferreparaturen am Kuhburger Wasser; b. Aenderung der Wege auf dem Reßplatz vor dem Kurprinzgrundstück und vor Hotel de Prusse; c. die Buchung der Gemeindesteuern für die Connewitzer Waldungen; d. das Verfahren hinsichtlich der Erhebung der Ersatzungsgelder bei Holzauctionen.

II. Gutachten des Verfassungs-, Finanz-, Bau- und bez. Polizei-Ausschusses über: a. die Eingabe der Anwohner des Goldhahngäßchens wegen einer geduldeten Bordellwirthschaft dort; b. die Feststellung der Gehalte für die Beamten der Armendirection; c. die Pensionsberechtigung des Hochreservoirwärters der Stadtwasserkunst rc.

Bekanntmachung,
die Landtagswahlen betreffend.

Die Listen der in dem I. und III. Wahlkreise der Stadt Leipzig wohnhaften für die Landtagswahl stimmberechtigten Personen liegen von

Montag, den 13. dss. Mts. ab bis mit
Sonntag, den 19. dss. Mts.,

von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags im Stadthause, Obstmarkt 3, I. Etage, Zimmer Nr. 87, für die Betheiligten zur Einsicht aus.

Reclamationen sind nach §. 26 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 nur bis zum Ablauf des 7. Tages, also bis mit

Sonntag, den 19. Juni, Nachmittags 6 Uhr, zulässig.

Leipzig, den 11. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Nitzsche.

Der I. Wahlkreis umfaßt folgende Stadttheile:
Die ganze innere Stadt und von den Vorstädten folgende Straßen:

Augustusplatz 3b, 4, 5 und 6, Bahnhofstraße, Berliner Straße, Blücherplatz, Blücherstraße, Eberhardtstraße, Eckenstraße, Eutritzscher Straße, Am Exercirplatz, Gerberstraße, Georgenstraße, Gothisches Bad, Humboldtstraße, Keilstraße, Lühr's Platz, Lührstraße, Lortzingstraße, Nordstraße, Packhofstraße, Parthenstraße, Pfaffendorfer Straße, Uferstraße, Wintergartenstraße, Yorkstraße, Zöllnerstraße.

Der III. Wahlkreis umfaßt folgende Stadttheile:
Westlicher Theil:

Alexanderstraße, Alter Amtshof, Auenstraße, Bismarckstraße, Canalstraße, Centralstraße, Colonnadenstraße, Davidstraße, Dorotheenstraße, An der alten Elster, Elsterstraße, Erdmannstraße, Färberstraße, Fleischerplatz, Frankfurterstraße, Fregestraße, Gustav Adolph-Straße, Hauptmannstraße, Hillerstraße, Jacobstraße, Johannapark, Leibnizstraße, Lessingstraße, Marschnerstraße, Mendelssohnstraße, Moritzstraße, Moscheles-straße, Naundörfchen, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Poniatowskystraße, Promenadenstraße, Ranstädter Steinweg, Rosenthalgasse, Vor dem Rosenthalthore, Rudolphstraße, Schrebergäßchen, Schreberstraße, Sebastian-Bachstraße, Seitenstraße, Waldstraße, Weststraße, Wiesenstraße, Zimmerstraße.

Südlicher Theil:

Albertstraße, Arndtstraße, Bayerische Straße, Brandvorwerkstraße, Brandweg, Braustraße, Kleine Burggasse, Elisenstraße, Emilienstraße, Fichtestraße, Floßplatz, Harkortstraße, Hohe Straße, Kaiser Wilhelm-Straße, Kochstraße, Körnerstraße, Kronprinzstraße, Lützowstraße, Mahlmannstraße, Moltkestraße, Mühlgasse, Münzgasse, Obstmarkt, Petrossteinweg, Pleißengasse, Schenkendorfstraße, Schletterstraße, Schleußiger Weg, Sidonienstraße, Sophienstraße, Südstraße, Straße K, Windmühlenstraße, Zeitzerstraße.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Heu- und Grummetnutzung auf nachverzeichneten Parthenwiesen

Parcelle Nr. 2769. mit — Hektar 96.29 Ar Flächengehalt,
" " 2783. " 1 " 99.40 " "

und ein Streifen der Parcelle Nr. 2784 soll an den Meistbietenden verpachtet werden.

Reflectirende wollen sich **Montag, den 20. d. M.** Vormittags 9 Uhr in der Marstall-Expedition einfinden, wo das Weitere zu erfahren ist.

Leipzig, den 14. Juni 1881.

Des Raths Oekonomie-Deputation.

Stockholz-Auction.

Montag, am 20. Juni c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a

ca. **900 Haufen klein gemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, den 2. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Gewerbekammer zu Leipzig hat beschlossen, zur theilweisen Deckung ihres Verwaltungsaufwandes für das laufende Jahr auf **jede Mark** des für das Einkommen in Spalte d des Einkommensteuerkatasters entfallenden Steuerbetrags

einen Zuschlag von 2 Pfennigen zu erheben.

Indem wir diesen Steuerzuschlag, welcher mit dem auf **den 15. Juli d. J.** fallenden Einkommensteuertermin erhoben werden soll, hierdurch ausschreiben, bemerken wir, daß derselbe von allen zur Gewerbekammer wahlberechtigten Gewerbetreibenden des Leipziger Gewerbekammerbezirkes (Stadt Leipzig, Zwenkau, Markranstädt, Taucha, sowie die zum Königlichen Amtsgericht Leipzig gehörenden Ortschaften), deren bezügliches Einkommen 600 ℳ übersteigt, zu entrichten ist.

Leipzig, den 19. Juni 1881.

Die Gewerbekammer.
W. Häckel, Vors. Herzog, S.

Bekanntmachung.

Die Ufermauerarbeiten an der Nonnenmühle, die Aufstellung eines eisernen Geländers und die Herstellung einer Spundwand mit Barrière daselbst sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, den 13. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Gräserei- und Obstverpachtung.

Die diesjährige **Obst- und Grasnutzung** im **vormaligen botanischen Garten** an der Harkortstraße soll **Mittwoch den 22. Juni, Vorm. 9 Uhr,** in der **Marstall-Expedition im alten Johannis-Hospital** unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an den Meistbietenden **verpachtet** werden.

Leipzig, den 17. Juni 1881.

Des Raths Finanz-Deputation.

Fuhren-Verdingungen.

Die **Anfuhre** bez. **Anlieferung** der zur Unterhaltung der fiskalischen Chausseen und Straßen in den Oberchausseewärterdistricten **Gohlis, Lindenau, Wachau** und **Zweenkau** für das Jahr **1882** erforderlichen Materialien soll

Montag, den 27. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr

in den Localitäten der unterzeichneten **Bauverwalterei** — im Schlosse Pleißenburg — unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an die Mindestfordernden öffentlich **verdungen** werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 12. Juni 1881.

Königl. Chaussee-Inspection. Michael. **Königl. Bauverwalterei.** Schurig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 19. Juni.

Im Palais des Kaisers wurde kürzlich ein sehr elegant gekleideter Herr getroffen, welcher dem Monarchen Vorschläge zur Beendigung des Culturkampfes machen zu wollen erklärte. Es stellte sich heraus, daß der Betreffende geisteskrank sei, und es wurde für seine anderweite Unterbringung gesorgt. So kurz wie diese Geschichte ist, so bezeichnend ist sie für unsere Zeit und das jetzt immer mehr hervortretende Verlangen nach Beendigung des Culturkampfes um jeden Preis. Es giebt thatsächlich, ebenso wie z. B. eine große Menge fanatischer Culturkämpfer, jetzt eine nicht minder große Anzahl fanatischer Anhänger des Friedens. Dieselben wissen aber in der That nicht, was sie thun, indem sie ihr Verlangen immer ungestümer vorbringen und das Land glauben machen wollen, das Centrum sei, indem es auf seine Forderungen besteht, Vertreter der Sache des Rechts und der Wahrheit.

Wer Gelegenheit hat, mit Angehörigen der katholischen Partei dann und wann in nähere Berührung zu kommen, überzeugt sich sehr bald vom directesten Gegentheil. Die Herren gestehen, wenn man sie von der richtigen Seite anzufassen weiß, unumwunden ein, daß ja in Wahrheit schon lange gar kein Culturkampf mehr bestehe, daß es aber das Interesse des Centrums erheische, die Täuschung zu erhalten, als bestehe derselbe nach wie vor in unverminderter Schärfe. „Herr v. Puttkamer", so äußerte unlängst ein wirkliches Mitglied der Centrumsfraction, „Herr v. Puttkamer ist uns von Anfang an weit gefährlicher gewesen als Herr Falk. Der Letztere hat uns gestärkt, der Erstere aber uns geschwächt, denn er hat uns einen Grund zur Beschwerde nach dem andern weggenommen. Herr v. Puttkamer ist unendlich pfiffig und gewandt. Wir können gar Nichts lebhafter wünschen, als daß sein Nachfolger diese Eigenschaften in erheblich geringerem Grade besitze. Denn nur brauchen die Unzufriedenheit unserer Wähler noch und brauchen den Culturkampf noch."

Als unser Gewährsmann die weitere Frage stellte, zu welchem Zwecke der Culturkampf gepflegt werden müsse, antwortete das Centrumsmitglied: „Weil wir erst unseren politischen Hauptzweck erreichen müssen. Wir sind weit weniger eine katholische als eine antipreußische und antiprotestantische Partei. Excellenz Windthorst ruht nicht eher, bis er die Demüthigung des protestantischen Preußens herbeigeführt hat oder aber dieselbe mindestens sicher voraussieht." Auf die Frage unseres Gewährsmannes, ob sich denn nicht auch eine andere Strömung im Centrum geltend mache, wurde die Auskunft gegeben: „Gewiß, aber Windthorst weiß jeden Widerstand zu bekämpfen, jede Secession zu verhindern, jedes Streben, das ihm nicht dient, lahm zu legen. Ohne ihn bestände das Centrum längst nicht mehr, denn es lassen sich keine größeren politischen Gegensätze denken, als sie dort vereinigt sind. Das Centrum besteht aus eben so viel Demokraten der verschiedensten Grade, wie aus Monarchisten, Liberalen und Conservativen. Windthorst's Kunst gelingt es, sie alle unter einem Hut zu vereinen und seinen Zwecken dienstbar zu machen. So lange Windthorst an unserer Spitze steht, werden alle Versuche, uns zu spalten, vergebens sein, und während alle anderen Parteien dahin gehen, werden wir bestehen." Unser Gewährsmann fragte, ob denn auch die jetzigen Versuche der Deutsch-Conservativen, dem Centrum Concessionen zu machen, dasselbe nicht zum Aufgeben seiner Sonderpolitik bringen werden? „Mit nichten", erklärte darauf der Gefragte, „was wir mit Hülfe der Herren erlangen können, nehmen wir gewiß; von einer gemeinsamen Sache aber zwischen uns und den Deutsch-Conservativen kann nie die Rede sein, denn sie sind erst recht die Vertreter des preußischen Großmachtstitels und der protestantischen Kirche, und beide sind und bleiben unsere Feinde."

Dies der Inhalt des Gesprächs, für dessen Echtheit dem Sinne nach die vollste Bürgschaft übernommen wird. Man wird zunächst finden, daß in den Kategorien der Centrumsmitglieder eine nicht unwesentliche Abtheilung fehlt, nämlich diejenige der enfants terribles, für welche ein Geheimniß nur vorhanden zu sein pflegt, um ausgeplaudert zu werden. Aber man wird sich auch der alten Weisheit erinnern, daß Kinder gemeiniglich die Wahrheit sagen!

Die Stellung des Bundesraths oder besser des Reichskanzlers zu dem Unfallversicherungsgesetz, wie es aus dem Reichstag hervorgegangen, wird in der „Nordd. Allg. Ztg." einer interessanten und, wie man wohl voraussetzen darf, zutreffenden Beleuchtung unterzogen. Wir erfahren daraus zunächst, daß das Gesetz für die verbündeten Regierungen unannehmbar sein wird. Ueberraschen wird Dies freilich Niemanden, immerhin aber hatten noch einige Zweifel geherrscht, ob nicht der Reichskanzler sich am Ende doch entschließen könne, dieses entstellte und verkümmerte Gesetz anzunehmen. Wir erfahren ferner, daß die Reichs-Regierung wenn auch widerstrebend, die Landesanstalten sich hätte gefallen lassen, auch auf die Staatsbeiträge probeweise verzichtet hätte, wenn den Unternehmern die gesammten Prämien auferlegt worden wären. Das Alles ist nichts Neues. Auch Das ist nicht überraschend, daß die Regierung sich von dem ersten verunglückten Versuch nicht abschrecken lassen, sondern mit ihren Projecten alsbald an den neuen Reichstag wieder herantreten wird. Neu und überraschend ist nur die Ankündigung, daß der Reichskanzler gerade diejenige Seite seines Entwurfs, die am meisten Anstoß erregte und schließlich das Gesetz zum Scheitern brachte, den Staatszuschuß, für so richtig hält, daß er mit diesem Vorschlag in erweiterter Gestalt aufs Neue hervorzutreten gedenkt. Es soll, wenn man diesen Auseinandersetzungen trauen darf, der Staatsbeitrag künftig nicht mehr, wie jetzt vorgeschlagen gewesen, auf die Lohnstufen bis 750 Mark beschränkt, sondern auf alle zu versichernden Arbeiterkategorien ausgedehnt, eventuell die Versicherungsgrenze auf 1500 Mark herabgesetzt werden. Der Reichskanzler muß große Hoffnungen auf die Wahlen setzen, wenn er die für unannehmbar erklärten Bestandtheile seines Entwurfs, statt sie zu beseitigen oder zu mildern, noch schärfer zu betonen gedenkt.

Trotz aller Ableugnungen wird in wohl unterrichteten Kreisen versichert, daß es sich bei der bevorstehenden Regelung der Personenfragen in den höchsten Staatsämtern Preußens hauptsächlich auch um die Entscheidung über den jetzigen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Staatsminister a. D. Achenbach, handle. Derselbe gehört bekanntlich zu jenen Politikern, welche dem Liberalismus noch eine gewisse Berechtigung wenigstens zugestehen, die aber deshalb auch unseren Hochtories weit verhaßter sind als die Liberalen von reinem Wasser selbst. Diese Hochtories, in der Mark Brandenburg nicht allzu spärlich angesessen, haben seit Jahr und Tag den „verkappten Liberalen" auf dem Oberpräsidentenposten in Potsdam viel schlimmer behandelt als einen Emporkömmling und Herrn Dr. Achenbach Hindernisse in den Weg gelegt, wo sie nur konnten. Sie sind mit ihren Beschwerden, zu denen sie sich um jeder kleinsten Kleinigkeit willen gedrängt fühlten, immer wieder an den Minister des Innern, an den Fürsten Bismarck und an den Monarchen selber gegangen, nach dem ihnen sehr probat dünkenden Grundsatze, daß der Tropfen endlich einmal den Stein höhle. Nachdem sie es aber beinahe schon aufgeben, ihre Versuche noch weiter fortzusetzen, sollte ihnen mit einem Male in jüngster Zeit ein doppelt freudig begrüßter Hoffnungsstrahl winken, denn als gut verbürgte Nachricht kam ihnen eine Aeußerung zu Ohren, die sie nicht länger im Zweifel darüber ließ, daß man in einem Falle doch an maßgebender Stelle durchaus keinen Anstand genommen habe, dem Mißfallen über das Verfahren des Oberpräsidenten gegen einen hochadeligen Amtsvorsteher in unverblümtester Weise Ausdruck zu leihen. Von dieser Zeit ab schreiten sie einher, die Brust mit Hoffnungen geschwellt, und bemühen sich ausfindig zu machen, was sich nur irgend gebrauchen läßt, um die einmal erschütterte Stellung des Herrn Achenbach sich ja nicht wieder befestigen zu lassen. Es muß befürwortet werden, daß ihnen ihr Werk schnell genug gelingen wird, und daß sie in Herrn von Wolff aus Trier, dem muthmaßlichen Nachfolger des Herrn Achenbach, eine Persönlichkeit ganz nach ihrem Herzen auf den einflußreichen Posten im Potsdamer Oberpräsidialgebäude bringen. Noch ein anderer hoher Verwaltungsbeamter, der Oberpräsident v. Horn in Königsberg ist, jenen Ultraconservativen ein Dorn im Auge, und sie wissen durch manche Preßfrakete den Schein zu erwecken, als ob er „mit Rücksicht auf sein hohes Alter" selber den Wunsch hege, einer jüngeren Kraft das Feld zu räumen. Die Wahrheit ist aber, daß Herr von Horn gar nicht daran denkt, seinen conservativen Gegnern derartige Gefälligkeiten zu erweisen oder ihnen zu Liebe das gute Verhältniß zu den liberalen Selbstverwaltungsorganen seiner Provinz zu trüben.

Wie man hört, sind vor Kurzem, entsprechend einer Verfügung des Herrn von Puttkamer, als provisorischen Ministers des Innern, von den Regierungen aus dem Osten Berichte eingegangen, welche sich über Umfang, Ursachen und gegenwärtigen Stand der Auswanderung, sowie über Nationalität, Familienverhältnisse rc. der auswandernden Bevölkerungsclassen eingehender verbreiten. Es steht zu hoffen, daß dieses Material in der Weise nutzbar gemacht wird, daß mit der Erkenntniß der Ursachen jener nationalen Calamität auch die Mittel gefunden werden, derselben abzuhelfen. Die erwähnten Berichte sollen der ministeriellen Anordnung gemäß regelmäßig vierteljährlich eingeliefert werden. In jüngster Zeit scheint übrigens der Strom der Auswanderung aus den halbpolnischen Districten etwas matter geworden zu sein.

Wie aus Prag gemeldet wird, drohen die dortigen Czechen den Juden mit einer antisemitischen Demonstration, falls sie gelegentlich der bevorstehenden Handelskammerwahlen für die Deutschen stimmen würden. In diesem Sinne bringen auch mehrere czechische Blätter Prags heftige Artikel gegen die Juden. Die Polizei hat gegen allenfallsige Ruhestörungen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Aus Brüx in Böhmen wird gemeldet, daß gegen mehrere dortige Bewohner und einige deutsche Parteiführer in Oberleutersdorf eine Untersuchung eingeleitet worden, weil sie während des Pfingstfestes nicht allein schwarz-roth-goldene, sondern auch schwarz-weiß-rothe Fahnen ausgehängt hatten, die mit „brausendem Zuruf" begrüßt wurden. Die „Elbe-Zeitung" verwahrt sich gegen eine solche „Preisgebung des österreichischen Staatsgedankens" und fordert die Deutschen Böhmens auf, sich durch „staatsfeindliche Agitationen" nicht zu strafbaren Kundgebungen verleiten zu lassen.

Dem Lemberger „Dziennik Polski" wird aus Warschau berichtet, daß in der Umgebung Gorajnas Sendlinge erschienen, welche die Bauern gegen den Landadel und die Juden aufzureizen versuchen. Mehrere Gemeindevorsteher hätten solche Sendlinge den betreffenden Gendarmerie-Posten angezeigt, die sich indeß völlig passiv verhielten.

Man schreibt uns aus Pest vom 15. d.: Wie voraus zu sehen, hat der jüngste offene Brief des commandirenden Generals von Edelsheim-Gyulay in der Angelegenheit der Freisprechung Berhovay's und Genossen nur noch mehr Staub aufgewirbelt. In allen Clubs und sonstigen Zusammenkünften der Unabhängigkeitspartei wird lärmend verlangt, daß jenes beleidigende Schreiben nicht stillschweigend hingenommen werden dürfe. In einer geheimen Clubsitzung der „Unversöhnlichen" soll bereits beschlossen worden sein, dem General drei Herausforderungen zu senden. An berüchtigten Raufhelden fehlt es der Unabhängigkeitspartei wahrscheinlich nicht, weshalb jene Drohung unschwer zur That werden dürfte. Auch die Geschworenen, welche in dem bekannten Preßprocesse den Freispruch gefällt, sind über den Brief des Generals v. Edelsheim in große Aufregung gerathen. Sie sind zu einer Berathung zusammen getreten, in welcher beschlossen wurde, gegen den Brief des Generals, welcher das Schwurgericht beleidigt habe, einen Preßproceß anzustrengen. Von verschiedenen Seiten versucht man freilich noch in der Sache zu vermitteln, allein die Aufregung unter den Unversöhnlichen ist eine hochgradige und ihre journalistische Lärmkanone „Független" donnert immer heftiger drauf los.

Wie aus den Belgrader Blättern zu entnehmen, verfolgt man in der serbischen Hauptstadt sehr aufmerksam die Aeußerungen der russischen Journale gelegentlich der Anwesenheit des Fürsten Milan in Petersburg, weil man dort bekanntlich seit November v. J. auf Serbien nicht sonderlich gut zu sprechen ist. Ueberdies ist Ignatieff niemals ein zuverlässiger Freund Serbiens gewesen, ja man besorgt in Belgrad geradezu, daß er wohl im Stande wäre, den Fürsten Milan, wenn auch nicht dauernd, so doch in einer Weise zu beeinflussen, welche die gegenwärtigen politischen Verhältnisse Serbiens, zumal aber gewisse äußere Beziehungen desselben, schwankend machen könnte. Ristisch und seine Anhänger wären sofort bereit, einer solchen Schwankung Vorschub zu leisten. Bezeichnend ist, daß, während der „Ustk", das Organ des Ex-Ministers Ristisch, die Erhebung Milan's zum Könige entschieden befürwortet, die Partei des Ex-Ministers in den kleinen Städten und auf dem Lande gegen das Königthum agitirt. Da letzterer Partei Alles verhaßt ist, was von dem Ministerium Pirotschanaz ausgeht, so will sie auch die Königsfrage vertagt wissen, bis ihr Chef Ristisch wieder am Staatsruder ist. Daß Dieser zu diesem Parteimanöver Winke ertheilt, ist unschwer zu errathen.

Der Vatican geht damit um, einen neuen internationalen Verein zu gründen, dessen Mitglieder täglich einen Pfennig für den Papst zahlen; man verspricht sich davon jährlich über 400 Millionen.

Der französische Ministerresident in Tunis, Roustan, hat thatsächlich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Tunesiens übernommen. Die im Auslande lebenden Tunesier sind unter den Schutz der französischen Consulate gestellt. Damit ist der letzte Rest der türkischen Oberhoheit bei Seite geschoben, an deren Stelle das französische Protectorat getreten ist. Das jetzt im Wortlaut vorliegende türkische Rundschreiben, das gegen diese Maßregeln protestirt, ist in sehr scharfem Tone gehalten; nützen wird es der Pforte aber ebenso wenig wie alle früheren Proteste. Die meisten Regierungen werden das Actenstück unbeantwortet zu den Acten nehmen. Auch das englische Cabinet ist — nach den ausweichenden Erklärungen, die jüngst Dilke im Unterhause abgab — nicht gesonnen, aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Ja die österreichische Regierung hat nach einer Mittheilung der „N. Fr. Pr." der Pforte den Rath ertheilt, die tunesische Affaire auf sich beruhen zu lassen und nicht durch unfruchtbare Reclamationen ihre Beziehungen zu Frankreich zu verschlimmern und den Frieden zu gefährden. Die Pforte würde in ihrem eigenen Interesse gut thun, diesen Rath zu befolgen.

In der Zweiten Kammer Belgiens hat der Gesetzesvorschlag der Regierung, die Naturalisation Fremder zu erleichtern, zu erregten Debatten und Scenen Veranlassung gegeben. In keinem Lande ist bis jetzt die Naturalisation schwieriger und theurer als in Belgien, obgleich tatsächlich eine große Anzahl von Ausländern wohnt, die nicht die geringste Absicht haben, das Land zu verlassen. Das Gesetz soll nun die Naturalisation leichter und billiger machen. Aber die klerikale Partei will Nichts von dem Entwurfe wissen und sträubt sich aus Leibeskräften gegen das Zustandekommen des Gesetzes. Der Grund für diesen Widerstand ist das Wahlinteresse der Klerikalen. Dieselben fürchten nämlich, daß durch zahlreiche Naturalisationen lediglich die liberale Partei verstärkt würde. Andererseits kann aber mit demselben Rechte behauptet werden, daß auch die Klerikalen an verschiedenen Puncten Verstärkung erhalten werden. Indeß wird aller Widerstand Nichts helfen; der Entwurf, der in sich berechtigt ist, wird Gesetz werden, auch wenn die klerikale Minorität noch so viele und noch so arge „Scenen" provocirt.

In Petersburg sind aus Merw drei Tekinzen angekommen, welche von den durch Skobeleff besiegten Teke-Turkmenen als Delegirte in die russische Hauptstadt gesandt sind, um mit der Regierung des Zaren einen Vertrag abzuschließen, durch den, wie es heißt, Turkmenien direct unter russisches Protectorat gestellt werden würde. Die drei Delegirten, welche mit dem asiatischen Departement des Auswärtigen Amtes in Petersburg rege Fühlung unterhalten, bieten für die Uebernahme des Protectorats — wie aus Petersburg gemeldet wird — die Organisation einer localen Miliz, allezeit freien Durchzug für russische Truppen und Beamte und gestatten die Entsendung einer beschränkten russischen Besatzung zur Grenzbewachung. Kommt auf diesen Grundlagen ein Vertrag zu Stande, so ist Rußland thatsächlich Beherrscher Turkestans. Wenn dauernd eine russische Besatzung im Lande liegt und außerdem russische Truppen freies Durchzugsrecht haben, so kann jeder Widerstand gegen die Macht des Zaren im Keime erstickt werden. Auf Khiwa ist Merw gefolgt: ob man bei dieser Entwickelung der Dinge nicht an der Themse einige Gewissensbisse über die in Afghanistan befolgte Politik empfindet?

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß dort in den Staatscassen wieder einmal vollständige Ebbe eingetreten ist. Vor einigen Tagen konnte nicht einmal die Auszahlung der Pensionsbezüge für etwa 300 Officiere und Soldaten erfolgen, wiewohl dazu der Betrag von 28,000 Piastern ausgereicht hätte.

Musik.

Neues Theater.

Leipzig, 18. Juni. Nicolai's Oper: „Die lustigen Weiber von Windsor" ist ein Denkmal deutscher Productionskraft, welches neben den Erzeugnissen der Franzosen und Italiener auf dem Gebiete der Komik fest bestehen und hellglänzend emporragen wird. Die Composition derselben war ein Act der Rehabilitation. Der Autor, durch seinen langen Aufent-

SLUB
Wir führen Wissen.